

Armin Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR - Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5 / 91, 1991, S.31ff (Auszug)

(...)

Die Tatsache, daß die einschlägigen Bestände in den DDR-Archiven wie Staatsgeheimnisse gehütet wurden und damit für "bürgerliche" Historiker unzugänglich blieben, beeinflusste die Bewertung der Aktionen im Juni / Juli 1953 allerdings wesentlich. So betonte noch jüngst Lutz Niethammer, daß im Gegensatz zu den Ereignissen in Ungarn und Polen 1956 sowie in der CSSR 1968 "dieser ein- bis zweitägige Protest in der DDR in seinem Charakter undeutlich und umstritten (ist); jedenfalls war er kurz aber früh **(5)**.

Über den Verlauf und den Umfang der Aktionen im Juni / Juli 1953 findet sich gerade in den Beständen des ehemaligen MfS reichhaltiges Material. Obwohl die Führung dieses Ministeriums der Ausbruch des Aufstandes völlig unvorbereitet traf, wurde sie ziemlich schnell handlungsfähig. Zwar können aus dem bisher nur bruchstückhaft durchgesehenen Materialien noch nicht alle Maßnahmen zur Niederschlagung des Widerstandes am 17. Juni sowie den darauffolgenden Tagen und Wochen rekonstruiert werden. Als sicher darf jedoch gelten, daß 1953 neben dem Eingreifen der sowjetischen Truppen insbesondere die Aktivitäten des MfS maßgeblich dazu beitrugen, den Widerstand gegen das SED-Regime zu brechen.

(...)

Ganz bewußt wurde vermieden, die Rolle der Gewerkschaft bei der Organisation des Streiks näher zu beleuchten. Aus den Berichten des MfS, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Grundlage für die Anklagebegründung bildeten, wird ersichtlich, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) unter Druck der Belegschaft auf der Baustelle am Krankenhaus Berlin-Friedrichshain den Streik beschloß.

(...)

Zu diesem Zeitpunkt schien die Lage zumindest wieder unter Kontrolle zu sein, nachdem am 17. Juni über 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR durch sowjetische Militärkommandanten der Ausnahmezustand verhängt worden war. Aus einer internen Zusammenstellung des MfS geht hervor, daß im Zusammenhang mit dem 17. Juni in mehr als 300 Orten Aktionen der Bevölkerung

stattfanden. Dabei handelte es sich unbestritten nur um die wichtigsten Zentren, denn in den Akten fanden sich weit mehr Namen, die in der Zusammenstellung fehlen. Es wurde darin nach Orten unterschieden, in denen "Streiks" (157), "Zusammenrottung zur Demonstration" (82), "Faschistische Provokationen" (49) und "Gefangenenbefreiungen" (22) stattfanden **(11)**.

Am 18. Juni leitete die Führung des MfS eine massive Verhaftungswelle ein. Durch einen von Erich Mielke unterzeichneten Befehl erhielten die Bezirksverwaltungen folgende Anweisung: " Wo Ausnahmezustand verhängt, sind Streikleitungen, die Streiks organisiert haben. a) unter Losungen: Nieder mit der Regierung, nieder mit der SED, ohne vorherige Prüfung. b) unter ökonomischen Losungen: wie Lohnerhöhungen, Herabsetzung der Normen, niedrigere Preise, allgemeine geheime Wahlen, nach Überprüfung der einzelnen Mitglieder, festzunehmen...." **(12)** Allein in Berlin wurden durch die Volkspolizei (VP) und das MfS bis zum 19. Juni 1744 Personen verhaftet. Darunter befanden sich zwei komplette Streikleitungen und fünf weitere, die "die Funktion einer solchen ausübten". Was die Bezirke anbetraf, so betrug die Zahl der dortigen MfS-Dienststellen in der Zeit bis zum Mittag des 20. Juni festgenommenen Streikleitungsmitglieder 263. Der weitaus größte Teil entfiel davon auf die Bezirke Magdeburg (83) und Halle (80) **(13)**. Am 23. Juni waren 6325 Personen inhaftiert, ungefähr zwei Drittel davon in den Dienststellen des MfS, davon mehr als ein Drittel in der Berliner Zentrale **(14)**. Um so bemerkenswerter ist es, daß noch am 21. Juni beispielsweise nur die Hälfte der Belegschaft der Bau-Union arbeitete **(15)**. Die andauernde Verhaftungswelle hatte aber dazu beigetragen, daß - insgesamt gesehen - nur noch vereinzelt gestreikt wurde. Aber noch zu diesem Zeitpunkt befürchtete man in der Zentrale des MfS den Ausbruch von erneuten Streiks. Erst im MfS-Tagesbericht vom 24. Juni stand: "Die Lage in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik war am 24. Juni 1953 absolut ruhig. Irgendwelche Ereignisse, Streiks, Demonstrationen usw. sind nicht vorgekommen" **(16)**.

(...)

Nach einer ersten Schätzung geht schon aus den Materialien des MfS hervor, daß zwischen dem 17. Juni und 1. Juli 1953 8000 bis 10000 Personen inhaftiert gewesen sein müssen. Darüber, wieviele Verhaftungen sowjetische Organe vornahmen, fanden sich in den bisher durchgesehenen Akten keine genauen Angaben.

(...)

Unbestritten stand hinter den ökonomischen Forderungen der Streikenden Anfang Juli 1953 das Verlangen nach politischen Veränderungen. Denn erst politische Veränderungen ließen die Verbesserung der ökonomischen Situation erwarten. Das zeigte sich in den wesentlich umfangreicheren Streiks am 10. Juli in Jena und

vom 15. bis 17. Juli in Buna. Beide Aktionen waren zweifellos der Höhepunkt der zweiten Streikwelle, die Anfang Juli eingesetzt hatte. Der Schwerpunkt lag dabei im mitteldeutschen Industriegebiet.

(...)

Die MfS-Berichte über die Vorgänge im Juni/Juli 1953 zeigen die Tiefe und Breite des Widerstandes innerhalb der DDR-Bevölkerung gegen das SED-Regime. Gerade die Geschehnisse nach dem 17. Juni machen deutlich, daß zwar das Schwergewicht des Protestes bei den Arbeitern lag, aber auch in den anderen sozialen Schichten massive Unzufriedenheit über die politischen Zustände in der DDR herrschte, die auch in direkte Aktionen einmünden konnte.

Bereits im Juni / Juli 1953 mußte die SED-Herrschaftsoligarchie erkennen, daß sie keinen Rückhalt mehr innerhalb der Bevölkerung besaß. Um so wichtiger wurde der Ausbau eines kompromißlos agierenden Unterdrückungsapparates, dessen Kern die Staatssicherheit wurde. In diesem Sinne wies Hermann Matern die führenden Mitarbeiter des MfS am 11. November 1953 an, die entsprechenden Schlußfolgerungen aus den Geschehnissen im Juni / Juli zu ziehen: " In den Reihen der Staatssicherheit darf es keinen Liberalismus geben gegen die Feinde unserer Republik. Wir müssen hart und rücksichtslos zuschlagen. Für knieweiche Pazifisten oder Mondgucker ist in unseren Reihen kein Platz. Genosse Walter Ulbricht hat einmal in einer ZK-Sitzung erklärt: "Wir müssen die Deutsche Demokratische Republik zu einer Hölle für die feindlichen Agenten machen".**(42)**

Anhang

- (5)** Lutz Niethammer, Was haben Sie am 17. Juni gemacht? Oder die Nische im Gedächtnis. Manuskript eines Vortrages, gehalten am 2. November 1990 in Leipzig, S. 1.
- (11)** ZN, Allg. S. 168 / 56, Bd. 2.
- (12)** Tel. 18. Juni 1953, BVerfGE Leipzig, 17. Juni, 4 F.
- (14)** Tagesbericht 24. Juni 1953, ebenda, Bd. 3.
- (15)** Anm. 13
- (16)** Tagesbericht (Anm. 14)
- (42)** Referat Matern, 11. November 1953, Dokumentenverwaltung, Nr. 102272.